

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

17.10.1930 (No. 242)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
G. Mendel,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjähr. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe sind sicher frei. Bei Wiederholungen tarifiert Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Wirtschefium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Vortreibung und Kontostörungen fällt der falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleiheblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Konsularische Vertretung der Republik El Salvador

Der zum Generalkonsul von El Salvador in Hamburg ernannte Dr. Jorge A. Varela ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

#### \* Die Regierungserklärung

Die Regierungserklärung, die gestern vom Reichskanzler Dr. Brüning verlesen wurde, formuliert nochmals die Grundsätze einer Politik, von der allein man sich eine Besserung unserer finanz- und wirtschaftspolitischen Lage versprechen kann. Und man kann es begreifen, daß — nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen — die Rede auch bei solchen Mittelparteien Eindruck gemacht hat, die in der letzten Zeit dem Kabinett mit betonter Reserve gegenüberstanden. Wahrscheinlich haben dabei gleichzeitig auch gewisse nationalsozialistische Anträge mitgewirkt, die so beschaffen sind, daß sie Parteien, wie der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, gewiß nicht gefallen können.

Wenn in einem Teil der Berliner Presse gesagt wird, die Erklärung enthalte nichts Neues, so ist das nicht richtig. Die Ausführung Brünings enthielt sogar eine Reihe neuer Punkte. Da wäre zunächst der Passus zu erwähnen, der sich auf die Außenpolitik bezieht. Wenn der Reichskanzler auch eine Politik der Abenteurer ablehnt und weiterhin den Weg des Friedens gehen will, so hat er doch nicht gezögert, festzustellen, daß seit der Sachverständigenkonferenz in Paris die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland und in der Welt nicht, wie man damals annahm, immer besser, sondern immer schlechter geworden ist. Und er hat das Ausland gemahnt, vor den tieferen Ursachen unserer innerpolitischen Entwicklung nicht die Augen zu verschließen. Unser Volk und besonders die Jugend sei aufs tiefste erregt, daß nicht einmal die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die zu unseren Gunsten sprechen, eingehalten werden. Das sei ein unhaltbarer Zustand.

Neu in der Rede ist ferner die Ankündigung, daß die Regierung alle vertraglichen Möglichkeiten zum Ausbau der Landesverteidigung im Rahmen des finanziell Angängigen auszunutzen wird. Sie werde sich tatkräftig für die Erhaltung der Wehrhaftigkeit einsetzen.

Neu war sodann die Mitteilung, daß die Ruhrkohlenindustrie dem Reichskanzler ihre Bereitwilligkeit zu einer durchschnittlichen 6proz. Senkung der Kohlenpreise ab 1. Dezember ausgesprochen habe.

Was den sonstigen Teil der Rede betrifft, so schätzt sie den Steuerausfall für dieses Etatjahr auf 450—600 Millionen! Für das nächste Etatjahr auf eine Milliarde! Eine dauernde Senkung des Reallohnes will die Reichsregierung nicht, sie will aber das unhaltbar gewordene deutsche Preisgebäude ins Wanken bringen. Dazu sei notwendig, daß „auch eine gewisse Beweglichkeit in die Gehälter und Löhne gebracht werde“, das heißt also, daß diese Gehälter und Löhne reduziert werden. Im übrigen könne man nicht Sozialpolitik in luftleerem Raum treiben. Dringendstes Gebot sei die staatliche Agrarhilfe; und zwar müsse man für den Schutz der Landwirtschaft gegen die Überschwemmung mit ausländischen Produkten sorgen.

Angekündigt werden in der Rede das Arbeitsschutzgesetz, ein Vergarbeitergesetz, eine Neuregelung der Unfallversicherung und der Sozialversicherung sowie der Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes. Offenbar wird die Reform der Arbeitslosenversicherung, von der ja ausschließlich unsere ganze Finanz- und Wirtschaftspolitik im Innern abhängt, vom Kanzler als etwas betrachtet, was mit der hier angekündigten allgemeinen Neuregelung der Sozialversicherung zusammenhängt. Eine solche Reform der Arbeitslosenversicherung, die nun endlich jeglichen Mißbrauch auszuschließen hätte, würde vor allem in den Kreisen der Beamtenschaft sehr beruhigend wirken, weil man es dort nicht verstehen kann, daß den Beamten Opfer in Gestalt von Gehaltskürzungen zugemutet werden, während auf dem Umwege über die Arbeitslosenversicherung neben den durchaus berechtigten Unternehmungen Millionen und Millionen von Reichsmark am unrechten Platz ausgegeben werden. Immer wieder wird man darauf aufmerksam machen müssen, daß es nicht der Gedanke der Arbeitslosenversicherung als solchen ist, der diskutiert

### Letzte Nachrichten

#### Die politische Lage Die Gefahren für die Regierung

M. Berlin, 17. Oktober. (Priv.-Tel.) In der heutigen Reichstagsitzung (über die wir an anderer Stelle berichten) wurde die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend den Überbrückungskredit beendet und der Entwurf dem Ausschuß überwiesen. Er wird morgen wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden zur dritten Lesung, so daß die Entscheidung ungefähr gleichzeitig mit der über die Mißtrauensvoten und die andern Anträge, wie z. B. den auf Aufhebung der Notverordnung, fallen wird.

Im Regierungslager ist man der Überzeugung, daß sich die Lage erheblich gebessert hat. Die Sozialdemokraten werden unter allen Umständen dem Kabinett ihre Unterstützung leisten. Allerdings muß man damit rechnen, daß einige radikale Abgeordnete fehlen werden. Darin liegt natürlich eine gewisse Gefahr, da es bei den Abstimmungen voraussichtlich auf jede Stimme ankommt. Ferner wird der sozialdemokratische Antrag, der Reichsarbeitsminister solle den Schiedsspruch im Metallarbeiterkonflikt nicht für verbindlich erklären, als eine schwere Gefahr betrachtet. Es scheint nämlich, daß er angenommen werden wird, da sowohl die Kommunisten wie voraussichtlich auch die Nationalsozialisten dafür eintreten werden. Sachlich aber ändert das an der Lage nichts, denn auch die Annahme eines solchen Antrags würde den Reichsarbeitsminister in keiner Weise festlegen. Er könnte also, immer vorausgesetzt, daß die Dinge weiter im üblichen Gange verlaufen, nach der Vertagung des Reichstags sich so entscheiden, wie er es für richtig hält.

Kritisch ist nur eine einzige Frage. Es besteht nämlich die Möglichkeit, daß das Mißtrauensvotum gegen den Reichsaußenminister Curtius angenommen wird, da auch Teile der Mitte, nämlich die von den Deutschnationalen abgesplitterten Gruppen in diesem Sinne stimmen werden. In politischen Kreisen glaubt man aber, daß der Reichspräsident den Dr. Curtius zum mindesten mit der provisorischen Weiterführung der Geschäfte betrauen werde, so daß bis zum Dezember keinerlei Veränderungen im Kabinett vor sich gehen würde.

wird, sondern die zum Mißbrauch einladenden Bestimmungen des Arbeitslosengesetzes.

Heute beginnt die Debatte über die Regierungserklärung. Morgen sollen dann die Abstimmungen stattfinden. Man hofft neuerdings, daß ohne Antrag auf Übergang zur Tagesordnung die Mißtrauensvoten gegen die Regierung mit einer schwachen Mehrheit abgelehnt werden können, falls nämlich Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialen und Wirtschaftspartei für die Regierung stimmen. Die Landvolkpartei ist ja inzwischen offiziell in die Opposition gegangen.

Was den von der Sozialdemokratie eingebrachten Antrag anbelangt, das Reichskabinett möge dem Reichsarbeitsminister nahelegen, den Schiedsspruch im Metallarbeiterkonflikt nicht für verbindlich zu erklären, so rechnet man damit, daß er im Reichstag eine Mehrheit findet. Man muß sich ganz klar darüber sein, daß eine Außerkräftsetzung dieses Schiedsspruchs schon allein deshalb, weil im Hinblick auf die 6—8proz. Lohnkürzung Preissenkungen angeordnet worden sind, zu neuen Erschütterungen der Preispolitik führen würde. Daß die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei eine Außerkräftsetzung des Schiedsspruchs nicht ruhig hinnehmen würden, ist gleichfalls zu erwarten. Die Entscheidung des Kabinetts in dieser Frage könnte noch in allerletzter Stunde zu der Klippe werden, an der alles scheitert.

Zu beachten ist schließlich die Tatsache, daß nunmehr die bereits erlassenen Notverordnungen vom Reichstag in Ausschüssen beraten werden. Von diesen Beratungen wird man sich kaum etwas Gutes versprechen dürfen. Man vermag überhaupt nicht recht zu erkennen, wie es möglich sein soll, das neue Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung gerade in diesem Reichstag zur Verabschiedung zu bringen, ohne daß es von den Ausschüssen und den Parteien bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt wird. Immerhin will der Reichskanzler den Versuch wagen; er ist entschlossen, alle parlamentarischen Möglichkeiten auszunutzen.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Beruhigung am Devisenmarkt — Der Zins für die Aufwertungshypotheken — Der neue Hypothekendarlehenvertrag

Am Devisenmarkt ist gestern vollkommene Beruhigung eingetreten. Die Reichsbank, deren Forderungsnahme in den letzten Tagen an Devisenbeträgen immer geringer geworden war, brauchte am Donnerstag überhaupt nicht mehr einzugreifen, und die durch Pansternachfrage und Materialknappheit überhöhten Kurse der fremden Noten gingen stark zurück. Was weiter kommt, hängt natürlich sehr von der innerpolitischen Lage, auch von der morgen akut werdenden Zustimmung des Reichstags zum Überbrückungskredit des internationalen Konfortiums ab.

Der Devisenmarkt kann geradezu als das Barometer der innerpolitischen Lage angesehen werden, zumal sich hier ja auch zunächst und unmittelbar die Folgen der Kapitalflucht geltend machen. Im Ausland, namentlich in der besonders „bevorzugten“ Schweiz ist als Folge eine weitgehende Übersekung des Marktes mit kurzfristigen Mitteln eingetreten, für die irgendwelche Verwendung, selbst zu den bescheidensten Sätzen, zu fehlen beginnt, so daß die Banken schon vielfach neue Depositionen aus Deutschland ablehnten und nicht nur den Zinsfuß immer weiter herabsetzten, sondern in einzelnen Fällen Zinsabgütung überhaupt verweigerten. Nicht anders sieht es in Holland aus, wo in Amsterdam tägliches Geld von 2 auf 3/4 und 1 Proz. zurückging. Dabei müssen wir alles, auch das als Auslandsgeld wieder hereinfließende geschlichtete Kapital hoch verzinzen, was den Krebschaden der Kapitalflucht so recht illustriert.

Die Reichsbank hat dieser Lage in einer Verlautbarung erklärt, daß bei Fortdauer der Kapitalflucht eben eine neue Diskonterhöhung kommen müsse. Sie hat dabei auch auf das letzte und im Notfall unumgängliche Mittel hingewiesen, den Notenumlauf den Deckungsmitteln anzupassen. Weitere Goldabgaben infolge weiterer Devisenanforderungen müssen schließlich zur Einschränkung des Notenumlaufs mit Hilfe von Kreditrestriktionen führen, um den Notenumlauf dem geschwächten Goldbestand anzupassen und die gesetzlich vorgeschriebene 40proz. Deckung der Noten weiter sicherzustellen. Die Reichsbank nannte das ausdrücklich die ultima ratio, den letzten, allerdings sehr wirkungsvollen Ausweg, und wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die dadurch der Wirtschaft entstehen müßten.

Das sind die Mittel, deren verstärkte Anwendung unumgänglich ist, um die Stabilität der Währung, die ja die erste Pflicht der Reichsbank ist, zu gewährleisten. Daß dadurch die Folgen des Fortdauerns der politischen Zerfahrenheit und eines Nichtvordrängens in der Finanzsanierung jedem Deutschen immer empfindlicher fühlbarer werden müßten, hat auch das Gute einer unmißverständlichen Unterstreichung der Notwendigkeit, endlich zu sachlicher Arbeit zu kommen. Nur mit sachgemäßer Ordnung von Finanzen und Wirtschaft, nicht mit Agitation und derartigen Anträgen, wie sie nun dem Reichstag in Fülle vorliegen, ist die Not der Zeit zu bannen.

Das neue Aufwertungsgesetz für die Vorinflationshypotheken, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist, gestattet dem Gläubiger, die Aufwertungshypothek mit einer Frist von einem Jahr erstmalig zu Ende 1931 zu kündigen. Somit werden zum 1. Januar 1932 alle Aufwertungshypotheken, die bis dahin mit 5 Proz. zu verzinzen sind, zur Rückzahlung fällig, soweit sie gekündigt werden. Die Reichsregierung hat sich durch das obige Gesetz bemüht, eine langsamere Umschuldung zu ermöglichen und die Zusammenballung von Fälligkeiten in Höhe von vielen Milliarden auf einen Termin zu verhindern. Es sind nämlich Maßnahmen vorgesehen, um kapitalstarken Schuldner Schutz zu gewähren, so daß u. a. der Schuldner im Fall der Kündigung bei den Aufwertungsstellen eine Zahlungsfrist beantragen kann. Außerdem soll ein „angemessener“, also auf jeden Fall erhöhter Zinsersatz, für die 25 Proz. der ursprünglichen Hypothekensumme gewährt werden. Wieviel Arbeit die Aufwertungsstellen bekommen werden, und in wieviel Fällen die Gläubiger zunächst von der Kündigung absehen werden, hängt natürlich sehr von der Höhe des ab 1. Januar 1932 zu zahlenden Aufwertungsziases ab.

# Die Regierungserklärung im Reichstag

## Beginn der politischen Aussprache

Durch das neue Gesetz ist vorgeesehen, daß der Aufwertungsgrad von der Reichsregierung bei Inkrafttreten des Gesetzes mit Zustimmung des Reichsrats festgesetzt wird. Eine solche Festsetzung ist bisher jedoch noch nicht erfolgt. Eine solche Festsetzung ist in Abänderung des Gesetzes noch hinausschieben, weil sie die weitere Entwicklung der Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt abwarten will. Man will, nicht etwa nur im Interesse der Hypothekenschuldner, sondern im Interesse der gesamten, ja an und für sich schwer genug belasteten Volkswirtschaft den Zins möglichst niedrig halten, dabei andererseits ihn natürlich in solcher Höhe festsetzen, daß für die Gläubiger der Anreiz bleibt, die Hypotheken nicht zu kündigen. Die Reichsregierung hofft auch anscheinend, daß bis zum 15. Dezember durch Klärung der innerpolitischen Situation eine übersichtlichere Lage auf dem Kapitalmarkt geschaffen werde. Während vor kurzem ein Zinssatz von 7 1/2 Proz. angemessen schien, ist augenblicklich wohl mit einem höheren Satz, 8 Proz., zu rechnen, von dem jedoch bei der Unübersichtlichkeit der Lage nicht gesagt werden kann, daß er „angemessen“ bleibt. Von den Kritikern der Maßnahmen der Reichsregierung wird angeführt, daß dadurch den Schuldnern unter Umständen ein schlechter Dienst erwiesen werde. Es sei offenbar ursprünglich Absicht des Gesetzgebers gewesen, durch eine rechtzeitige und angemessene Festsetzung des Zinssatzes den Umfang der Kündigungen einzuschränken. So aber bestehe erst recht die Gefahr, daß sich die Kündigungen und die Prozesse vor den Aufwertungsstellen häufen könnten. Auch sei nicht abzusehen, woher eine Zinsverbilligung kommen solle. Dem Argument, daß die Verzögerung der Festsetzung des Zinssatzes bis 15. Dezember vom Gläubiger Entscheidung über Kündigung oder Nichtkündigung der Hypothek in der kurzen Zeit vom 15. Dezember bis 3. Januar verlange, was besonders bei unter vormaliger Verwaltung stehendem, in Hypotheken angelegtem Vermögen auch rein verwaltungstechnische Schwierigkeiten herbeiführen müsse, wird allerdings entgegengehalten, daß die Kündigung nicht nur für 31. Dezember 1931, sondern für jeden weiteren Vierteljahrsschluss erfolgen könne.

Im deutschen Hypothekendarlehen ist es zu einem ganz großen Zusammenbruch nord-, mittel- und südwestdeutscher Banken gekommen. Es handelt sich um eine Vollfusion zu einem Hypothekentrust, der eine erhebliche Erweiterung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken brachte. Grundfaktisch ist dabei an der Zentralisation in sechs, statt bisher acht Institute unter Zusammenfassung örtlich zusammenliegender Banken festgehalten worden, einmal aus Gründen der Landesaufsicht, und dann, weil man auch dem als Käufer von Pfandbriefen in Betracht kommenden Publikum nicht auf einmal ein Einheits-Kreditinstitut präsentieren konnte.

Nachdem im Frühjahr sich die Preussische Pfandbriefbank und die Preussische Zentral-Bodenkredit-AG. vereinigt hatten, hat das so vergrößerte preussische Institut sich mit der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken unter Zuziehung der Frankfurter Hypothekenbank, welche die Frankfurter Pfandbriefbank übernahm, fusioniert. Die Zentral-Bodenkredit-AG. soll hauptsächlich Ost- und Norddeutschland mit Realcredit versorgen. Sie hat in der Gruppe allein die Hälfte des Gesamtumsatzes an Pfandbriefen. Mitteldeutschland bleibt das Gebiet der durch die Nordd. Grundkreditbank verstärkten Meiningener Hypothekenbank, Sachsen bleibt im Aufgabenkreis der Leipziger Hypothekenbank, Mecklenburg in dem der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank, Rheinland und Westfalen in dem der Westdeutschen Bodenkredit AG., während das Geschäft in Südwestdeutschland und auch Süddeutschland der durch die Aufnahme der Frankfurter Pfandbriefbank verstärkten Frankfurter Hypothekenbank obliegen soll. Die Fusion erstreckt sich somit durch die Aufnahme der Frankfurter Hypothekenbank (die damit aus der losen Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Hypothekenbanken ausscheiden wird) auch auf Südwestdeutschland. In Süddeutschland bleiben außer den beiden bayerischen großen Hypothekenbanken (Bayerische Hypothekenbank und Bayerische Vereinsbank), vier Institute, darunter auch das badische in Mannheim, die Rheinische Hypothekenbank mit einem Umsatz von 227 Mill. (1929), unabhängig.

Der neue Hypothekentrust hat einen Pfandbrief- und Kommunalumsatz von 2800 Mill., bei einem Gesamtumsatz von 6400 Mill. aller deutschen Hypothekenbanken. Der große Zusammenschluss in deutschen Kreditbankwesen (Deutsche Bank und Diskontogesellschaft) hat dem Zusammenschluss der Realcreditinstitute, an denen jede der beiden D-Banken maßgebend beteiligt war, sicher vorgearbeiten. Der Hauptgrund der Konzentration ist der, das Ausland mehr als bisher für den deutschen Realcredit zu interessieren, nachdem es bisher nur vereinzelt gelang, größere Posten Pfandbriefe im Ausland zu geben. Da die ausländischen Kapitalbesitzer es vorziehen, Papiere in eigener Währung zu erwerben, will man jetzt vom Verkauf von Pfandbriefemissionen im Ausland absehen, und es ist anscheinend die Schaffung eines ausländischen Golding- und Treuhandinstituts geplant, welches das Valutarisiko übernehmen und eigene Bonds ausgeben soll.

Die Börsen-Angelegenheit beschäftigt nochmals die Berliner Stadtverordnetenversammlung. Der deutsch-nationale Bundner wendete sich besonders dagegen, daß der Magistrat in aller Eile einen Rentnerrückzahlungsbeschluss mit Börs zum 1. November über 30 000 M. gefasst habe. Alle Fragen, die zur Pensionierung geführt hätten, müssten noch einmal nachgeprüft werden.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat am Donnerstag im Reichstag das Regierungsprogramm vorgetragen als Vertreter eines Kabinetts, hinter dem nur eine Minderheit der Parteien des neuen Reichstages steht. Er mußte dabei auch für die Notverordnung eintreten, deren Inhalt vom alten Reichstag verworfen worden ist mit dem Effekt der Reichstagsauflösung. Angesichts dieser parlamentarischen Lage war es eigentlich überraschend, daß die Kanzlerrede, abgesehen von Protest Kundgebungen der radikalen Flügelparteien, vom Reichstag mit einer gewissen Sympathie aufgenommen wurde. Ziel Neues konnte naturgemäß Dr. Brüning nicht sagen. Er kündigte ein umfassendes Reformprogramm für Wirtschaft und Finanzen an. Er sieht das Mittel zur Behebung der gegenwärtigen schweren Krise im Preisabbau und Sparhaftigkeit und in einem Finanzausgleich, der den Gemeinden auch die Verantwortung für die Einnahmen auferlegt. Er will die Real-löhne nicht herabsetzen, hält aber eine vorübergehende Senkung der Gehälter und Löhne für notwendig zur Erreichung der Preisentlastung. In seinen Ausführungen zur Außenpolitik betonte der Kanzler die Notwendigkeit, der seit dem Abschluß des Youngvertrages eingetretenen Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage Rechnung zu tragen und auch jene Versailles Vertragbestimmungen durchzuführen, die zu Deutschlands Gunsten sprechen, besonders im Hinblick auf die Abrüstungsfrage.

Bei den Ausführungen, in denen Dr. Brüning sich gegen die Aufhebung der Notverordnung wandte, war von besonderer Bedeutung ein Satz. Er erklärte sich damit einverstanden, daß die Notverordnung einem Reichstagsausschuß über-wiesen werde und daß dort Verbesserungen vorgenommen werden, wenn sie Zweck und Ziel der Verordnung nicht gefährden. Diese Erklärung wurde im Reichstag als der **Brüningsschlag zur Sozialdemokratie** betrachtet. Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits erklärt, daß sie nicht die Aufhebung der Notverordnung, sondern nur ihre Verbesserung im Wege der Ausschussberatung verlangt.

Nachdem der Kanzler diesem Verlangen nachgegeben hat, dürfte er wenigstens für die nächsten schwierigen Monate auf eine gewisse Unterstützung durch die größte Fraktion des Hauses rechnen können. In dieser Beziehung war eine geschäftsordnungsmäßige Abstimmung symptomatisch, die bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Freitagssitzung erfolgte. Zu den vielen Anträgen und Gesetzentwürfen, die mit der Beratung der Regierungserklärung verbunden wurden, gehört auch das **Schuldentilgungsgesetz**. Das Zentrum hatte, einem Wunsche des Kanzlers entsprechend, beantragt, daß diese Vorlage besonders zur ersten Beratung kommen soll. Dagegen waren die Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolk Die Sozialdemokraten stimmten aber zusammen mit der Regierungsmehrheit für den Zentrumsantrag. So legte die Partei des Reichsfinanzministers mit einem Stimmenergebnis von 295 gegen 219 Stimmen. Es ging hier um eine Tagesordnungsfrage, aber es verriechte sich die Überzeugung, daß die hier gezählte Mehrheit von 76 Stimmen die Mehrheit ist, auf die das Kabinett Brüning wenigstens in der nächsten Zeit im Reichstag rechnen kann.

Am heutigen Freitag begann die Sitzung schon um 10 Uhr. Nach der Beratung des Schuldentilgungsgesetzes soll die große politische Aussprache über die Regierungserklärung beginnen. Zunächst kommt zur ersten Beratung der Gesetzentwurf über die **Schuldentilgung**.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) beschuldigt die Nationalsozialisten, daß kurz vor dem Hitlerputsch ihr theoretischer Kronleuchter Feder sein Kapital ins Ausland gebracht habe. Es kommt zu lärmenden Zwischenrufen, und Präsident Riebe kann nur mit Mühe Ruhe schaffen. Die Kommunisten verlangten dagegen die Einstellung der Tribüneleistungen, und sie würden auch das vorliegende Gesetz ablehnen.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) bezeichnet zunächst die von Dr. Neubauer gegen ihn erhobene Beschuldigung der Kapitalverbringung als eine Lüge. Er erhält einen Ordnungsruf, wie auch der Kommunist Neubauer auf einen Zwischenruf. Die Nationalsozialisten mühten beantragen, daß die Überschrift des Gesetzes dahin geändert werde, daß es heiße „Gesetz zur Erhöhung der Schulden“. Vielleicht werde jetzt noch die Deutsche Reichspost dem Auslande ausgeliefert. Es werde nur ein Koch mit dem anderen zugestopft. Die wirklich deutschen Parteien müßten diese Vorlage ablehnen und mit der Vorlage muß auch die Regierung beschwinden.

Abg. Dr. Quast (Deutchn.) stimmt dem Vorredner in der Beurteilung der Vorlage zu. Der Finanzminister hat von deutschen Banken nicht das Geld bekommen, das er gebraucht.

Reichsfinanzminister Dietrich gibt dann eine zahlenmäßige Aufstellung der **schwebenden deutschen Schuld**. Diese deutsche Schuld betrage 1213 Milliarden. Die große Belastung durch

die gesteigerte Arbeitslosigkeit habe eine Verminderung dieser Schulden verhindert. Mit den für die Arbeitslosenunterstützung vorgesehenen Mitteln komme man nicht aus. Es seien 300 Millionen mehr erforderlich. Die finanzielle Lage werde unter diesen Umständen am 1. April 1931 die gleiche sein wie am 1. April 1930. Mit der in dem vorliegenden Gesetz enthaltenen Anleihe werde es gelingen, den Etat zu balancieren und die schwebende Schuld abzudecken.

Von den Nationalsozialisten werden diese Ausführungen des Ministers fortwährend durch laute Zurufe unterbrochen. Der Reichsfinanzminister Dietrich erklärt dann mit erhobener Stimme, bei den Verhandlungen über die Auslandsanleihe habe er mit keinem Wort die **Verpflichtung irgendeines deutschen Monopols** zugelegt oder versprochen, daß Deutschland auf eine Anwendung der ihm günstigen Bestimmungen des Youngvertrages verzichte werde. (Einige Nationalsozialisten machen dem Minister fortwährend so laute Zurufe, daß die letzten Sätze seiner Rede kaum verstanden werden können. Am Schluß klatschen die Abgeordneten der Mitte Beifall.)

Abg. Reil (Sozdem.) nennt die Deutschnationalen Charaktere, denn die Reichsregierungen hätten einen großen Teil der Schuld an der Finanznot des Reiches. Die sozialdemokratische Fraktion wolle mit allen Kräften daran arbeiten, daß die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Das liege gerade im Interesse der deutschen Arbeiterchaft. Der Redner verliest dann das Protokoll der Vernehmung eines Münchener Polizeibeamten, der ausgesagt hat, der Abg. Feder habe im November 1923 von seinem Bankhaus ein beträchtliches Aktienpaket abgeben wollen mit der Begründung, er brauche es als Pfand für die Aufnahme einer größeren Geldsumme. Wenige Tage später sei der Hitlerputsch ausgebrochen und Feder habe eine Verfügung erlassen, in der alle Bankabhebungen mit Strafe bedroht werden.

Abg. Dr. Bang (Deutchn.) bestritt nicht den ehrlichen Willen der Regierung. Der Überbrückungskredit sei der letzte Versuch zur Rettung eines zusammengebrochenen Systems.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) erwidert dem Abg. Reil, er habe lediglich ein entwertetes Bankdepot abgeben wollen.

Abg. Reil (Sozdem.) antwortet, das angeblich wertlose Depot habe doch als Pfand für eine größere Summe dienen sollen. Dieses Redebeispiel spielt sich unter großem Lärm ab. Der nationalsozialistische Abg. Koch-Spreitzen wird wegen der Aufstufungen vom Präsidenten aus dem Saal gewiesen.

**Die nationalsozialistischen Agitationsanträge**

finden auch in der Reichspresse absolut ablehnende Kritik. Der Eugenbergsche Berliner „Vollanz.“ schreibt, bei der Kapitalflucht würden die Anträge schwierig etwas bessern. Ähnlich sei es mit der Begrenzung des Zinssatzes. Bucherparagrafen hätten nur einen mäßigen Nutzen. Eine völlige Aufhebung des börsenmäßigen Handels der Wertpapiere würde wahrscheinlich nicht die großen Kapitalisten, sondern vielmehr die Sparer und die kleinen Geschäftseleute treffen. Die „DA.“ bemerkt, daß die Nationalsozialisten mit diesen Anträgen sich eine **völlige Verkennung** der von der sozialdemokratischen Führerschaft bereits richtig erkannten neuen Zeitströmung leisteten. „Marxismus“ sei eine Rolle aus der Vergangenheit. Die Nationalsozialisten dürften solche Anträge, die auf Verstärkung des Eigentums, also auf Marxismus, hinauslaufen, nicht stellen. Die rechtsstehende „Börzenzeitung“ stellt fest, daß eine Anzahl vernünftiger Gedanken von Anträgen über-wuchert würden, die nur den Wert nackter Agitation hätten. Hervorzuheben sei z. B. die Forderung nach Sozialisierung der Großbanken und der Reichsbank, nach Konfiskation des Vermögens der Bank- und Börsenfürsten, nach Konfiskation jedes in ehrlischer Arbeit seit 1914 erworbenen Vermögens — denn auf jedes Vermögen könne der Antrag angewandt werden.

Ein weiterer Antrag der Nationalsozialisten verlangt eine **Kürzung der Gesamtbesätze des Reichspräsidenten, der Reichs-minister und der Diäten der Reichstagsabgeordneten** um 50 v. S. In den hohen Beamtengruppen soll eine stufenweise durchgeführte Verminderung bis zu 15 Prozent und ein völliger Befall der Ministerialzulagen stattfinden. Die Gehälter der unteren und mittleren Beamten seien grundsätzlich unangefastet zu lassen, die Höchsthöchsten sollen 12 000 Reichsmark nicht überschreiten. — Diesen Antrag nennt die „Börzenztg.“ eine rapide Annäherung an das sozialistische System. Die Forderung nach Aufrechterhaltung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten bei Kürzung der Gehälter bis zu 15 Prozent sei so marxistisch-sozialistisch, so Klassenkämpferisch, daß noch nicht einmal die Sozialdemokratie bis zu diesem Grad der Agitation sich verfliegen habe. Der „Börzenkurier“ meint, daß die Nationalsozialisten nicht mehr ernst genommen werden könnten.

## Badisches Landestheater

### Der Ring des Nibelungen — Siegfried

Auch für das Bühnenfestspiel zweiten Tag, für den „Siegfried“, hat man im allgemeinen wieder mehr Richard Wagner's Vorschriften sich zur Richtschnur genommen. Besonders in der letzten Szene sind die fremden Aufführungen des zweiten Aktes hat der jetzige Spielleiter Dr. Hans Waag eine Neuordnung entgegengesetzt, die naturgemäß und deshalb recht eindrucksvoll wirkt. Ebenso hat dies einzigartige Naturbild, wie eine große Fernsicht einerseits eingebettet zwischen dem Streit der feindlichen Brüder Mime und Alberich und andererseits doch schon in der Wolan-Eda-Szene die Motivgewalt der „Götterdämmerung“ ankündigend, musikalisch durch Generalmusikdirektor Josef Kriss einen prachtvoll hinreichenden Zug erhalten. Noch hier und da ein weiteres Zurückdämmen jeglicher Sonderinteressen und es wird bald auf gestaffelter, wahrhaft sonneriger Höhe stehen wie ehedem, und die ihm innewohnende musikalische Idee wird gegenüber der übrigen Ringmusik noch deutlicher hervortreten!

Solltisch ist zum Teil nicht minder Gutes zu berichten. Theo Strad, nach Gestalt und Jahren zwar kein Jungsiegfried mehr, ließ dafür seine Stimme in desto beschwonderlicher Kraft fließen. Wie gleich in den Schmiedeliedern entwickelte er auch später noch im großen Schlussduett stärkste Stimmpracht. Weit besser gelang es übrigens auch Jine Reich-Dörich, durch gesteigerte Ausdrucksfähigkeit dem Brünnhilde-Charakter nahezukommen. Freilich sollte sie als statliche Frau von beträchtlich heroischem Umfang darauf bedacht sein, jede unnötige Schwimmbewegung der Arme nach Möglichkeit zu meiden. Die Zwergfigur Wimes scheint dem neuen Tenorbuffo Robert Kieffer immerhin gelanglich doch etliche Schwierigkeiten zu bereiten, dagegen fand er für das plärende, halb ängstliche, halb dumpfliche Gekaren schon ein äußerlich charakteristisches, fast zu mancerisches Spiel. Ähnlich der Nibelheimzene im „Rheingold“ hatte besonders der Augenblick, wo Mime und Alberich (Karlheinz Löfer) vor der Nibelhölle aufeinander losfahren, viel Wichtigkeit. Neben Adolf Schöpfkins verblüffendem Liedwurm-Käser, neben dem lebendigen klaren Waldoglein von Else Platt war es — wie

gleichfalls schon im Rheingold — auch an diesem Abend wieder ein Genuss, in der Siegfried-Eda von Elfriede Sabertorn eine volltönende Stimme von selten epischen Klang zu hören. Mit fast zubielt Verhaltenheit und Zuhörerkontinuität dünkte uns hingegen der Wanderer, von Hans Nitsch ausgestattet; gerade eine an sich so passive Partie sollte eindrucksvoll musikalische und seelische Dynamik zusammenfallen lassen, mühte in ihren wenigen Akzenten und Ausdrücken entscheidend gestaltet sein. Daß das Publikum eine Gesamtaufführung des Ringes feinhinreichend reklamiert, erwies wiederum an diesem Abend ein gutbesuchtes, beifallsfreudiges Gaus.

## Freiburger Aufführung

—er. Ein neues Gegenwartsstück in sechs Bildern von Curt Corriath: „Seltion Rahnstetten“, ein mit bemerkenswertem Geschick aufgebautes Theaterstück hatte mit seinen über allen politischen Fanatismus triumphierenden Gedanken der Menschenliebe und gegenseitiger Verständigung bei seiner Uraufführung in Stadtkeller ausgeprochenen Erfolg. Die Darstellung unter Walter Felsenfeins ausgezeichnetem Regie und mit dem offenbar sehr begabten jungen Darsteller, Walther Reichland, in der Hauptrolle, verdient hohe Anerkennung. Außerdem traten mit besonderen Leistungen die Herren Goecke, Goly und Beder hervor.

Münchener Lichtspielkunst AG., München (Emelta). Bekanntlich steht dem Reich ein Optionsrecht auf 26 Millionen Reichsmark Aktien der Emelta gegenüber der Commerz- und Privatbank zu. Dieses Optionsrecht hat das Reich auf eine unter Führung des Kommerzienrats Kraus, München, stehende Gruppe unter teilweisem Beizicht des Reiches auf die gegen die Emelta zustehenden Forderungen übertragen. Durch den hierüber abgeschlossenen Vertrag ist die **Lebensfähigkeit der Emelta unter deutscher Verwaltung** als selbständiges Unternehmen mit deutscher Produktion gesichert. Damit hat sich das Reich ohne jede gelbliche Verpflichtung für die Zukunft von einer Interessentnahme an der Emelta wieder gelöst.

Weitere Anträge

Die Nationalsozialisten haben einen Antrag eingebracht, wonach das Republikschulgesetz vom 23. März 1930...

Der angekündigte Antrag der Nationalsozialisten über die Enteignung der Bank- und Börsenfürsten liegt jetzt gleichfalls dem Reichstag vor.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, sämtliche im Youngplan vorgesehenen Maßnahmen...

Die Wirtschaftspartei ersucht die Reichsregierung, unversichtlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem das Zugabewesen verboten wird.

Die Landvolkpartei hat einen Gesetzentwurf über den Vollstreckungsschutz eingebracht, wonach, um den in ihrem Besitze durch Zwangsvollstreckung gefährdeten landwirtschaftlichen...

Deutschland und Frankreich
Politischer Abend
der deutsch-französischen Gesellschaft

Die deutsch-französische Gesellschaft veranstaltete Donnerstag in Berlin einen politischen Abend, der unter der Leitung des preussischen Staatssekretärs Weismann stand...

Der Rabatte Pierre Cot sprach zu dem Thema: „Was Frankreich von Deutschland erwartet“. Er führte unter nachdrücklicher Betonung seines persönlichen Standpunktes...

Der Zentrumsabgeordnete Zoos stellte die These auf: „Was Deutschland von Frankreich erwartet“, und betrauerte das Thema besonders von der psychologischen Seite her.

Staatssekretär Dr. Weismann erklärte, daß ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland die endgültige Stabilisierung des Friedens und der Wohlfahrt in Europa bedeute.

Unter den Gästen war der französische Votschafter in Berlin, der deutsche Votschafter in Paris, zahlreiche Reichstags- und Reichstagsmitglieder, höhere Beamte des Auswärtigen Amtes...

Ein weiterer Artikel Hervés für Vertragsrevision

W.B. Paris, 17. Okt. (Tel.) In seinem Blatt „Victoire“ zeigt Gustave Hervé die gestern begonnene Kampagne zugunsten einer Revision des Versailler Vertrages fort.

Koch-Weser legt sein Reichstagsmandat nieder

Der demokratische Führer Koch-Weser erklärte in einem Schreiben an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, daß er sein Reichstagsmandat niederlegen werde.

Der demokratische Parteivorstand hat einem Antrag Dietrich zugestimmt, wonach dem Parteitag vorgelegt wird, den Übergang in die Deutsche Staatspartei zu vollziehen.

Dr. Scholz erkrankt. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, hat an der Reichstagsfraktion am Donnerstag nicht teilgenommen.

Generalschreibergott hat gebeten, den auf den 30. November 1930 festgesetzten Termin seines Ausscheidens aus dem Dienst auf den 31. Oktober 1930 vorzuzerlegen.

Im Reichsrat wurde am Donnerstag die Schlussabstimmung über das Konfessionsstützungsgesetz vorgenommen. Die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Hannover ließen erklären, daß sie das Gesetz ablehnen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth widmete dem nach 10-jähriger Tätigkeit wegen Krankheit ausscheidenden badischen Ministerialdirektor Dr. Kempp warme Worte der Anerkennung.

Kleine Chronik

In Traunstein wurde ein Polizeibeamter von zwei verhafteten Burchen, die ihm den Säbel entrissen hatten, durch Hiebe über den Kopf schwer verletzt.

Im Städtischen Kinder- und Mütterheim in der Münsterallee in Charlottenburg sind nach dem Genuss von Gänseleberpaste insgesamt 27 Personen an Paratyphus erkrankt.

Eine Bankfiliale in Toronto (Kanada) wurde von drei Banditen überfallen, die 12.000 Dollar raubten.

Der Deutsche Koch, der am 13. März beim Kauf eines Revolvers einen Karlsruher Waffenhändler in dessen Laden erschossen hatte, wurde vom Karlsruher Schwurgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Das Reichsgericht verwarf die Revision der beiden wegen Fälschung russischer Dokumente und versuchten Betruges zu je vier Monaten Gefängnis verurteilten Russen Orloff und Rawlonski.

Badischer Teil
Minister Wittemann
bei der Karlsruher Polizei

Am Donnerstagnachmittag stattete der Minister des Innern Wittemann der Karlsruher Polizei in ihren gesamten Dienstgebäuden in der Turnhalle der Polizeiuferunterkunft einen Besuch ab.

Kollegeilektor Hausler kam nach der Begrüßung des Ministers auf die schweren Aufgaben der Polizei und die geübte Kritik zu sprechen und bedauerte diese Angriffe.

Minister Wittemann erwiderte, daß er diese Versicherung mit großem Danke entgegennehme. Er müsse die gewissenhafte Ausübung der Dienstpflicht und den Schutz des Staates aber auch getadelt verlangen.

Der Minister versicherte auch, daß er stets auf das persönliche Wohl der Polizeiangehörigen bedacht sei; er wisse sehr wohl, daß nach manchen Wünschen zu erfüllen seien.

Mit einem warmen Appell an die Verammelten, stets strikte Pflichterfüllung bei allen Amtshandlungen voranzustellen und sich durch nichts, auch nicht durch geübte Kritik, davon abhalten zu lassen, schloß der Minister seine eindrucksvolle Ansprache.

Anschließend erfolgte ein Besuch des Ministers im Landespolizeiamt.

Süddeutsche Ministerkonferenz

Aber die Konferenz süddeutscher Minister in Stuttgart sind in verschiedenen Blättern irreführende Mitteilungen verbreitet worden. Im Zusammenhang damit wurde die Meinung ausgesprochen, als ob die Quelle der Indiskretion in Karlsruhe zu suchen sei.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Wetterlage hat sich nicht geändert, so daß das süddeutsche Hochdruckgebiet seinen Einfluß auf unsere Witterung weiterhin behaupten wird.

Wasserstände. Waldshut 332-29, Basel 164-24, Schusterinsel 235-10, Keß 378-18, Nagau 628-33, Mannheim 617-34, Caub über 200 Zentimeter.

Änderung eines Bahnhofsnamens und einer Landestelle. Ab 1. November d. J. wird der Bahnhofsnamen Buchen in Buben (Oberrn.) geändert. Die Schiffsandestelle Gaienhofen erbält ab 1. November d. J. die Bezeichnung Gaienhofen (Bodensee).

Aus der Landeshauptstadt
Im Wasserflugzeug
über Karlsruhe und dem Rhein

Rappentwört ist nun Wasserflughafen geworden und hat natürlich bei diesem herrlichen Herbstwetter dadurch sehr kurzen Besuch. Das Wasserflugzeug „Seeschwalbe“ der deutschen Luftflieger, ein Janters-Ganzmetallflugzeug auf Schwimmern, ist wahrlich ein Mittel, das Interesse des Publikums am Flugwesen zu wecken.

Die gestrigen Probeflüge zeigten auch die Schnelligkeit unserer modernen Luftfahrzeuge. Wenn man nach einem großen Umweg über Rhein, Rheinhafen, Knieleinen und Hardtwald zur Stadt gelangt ist, braucht man nur 5 Minuten, einschließlich einer großen Schleife über Pfälzer Gebiet und des Landungsmanövers, von der Gegend des Durlacher Toes bis zum Wiederbetreten festen Bodens.

Der gestrige erste Flugtag in Rappentwört war von über 1200 Personen besucht. Da auf je 100 Personen ein Freiflug entfällt, sind durch Losziehung auf die nachfolgenden Nummern von Eintrittskarten zum Strandbad Freiflüge entfallen.

Eine Sportärztliche Beratungsstelle. Nach langjährigen Bemühungen ist es dem Vorsitzenden des Karlsruher Stadtausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege, Prof. Zill, gelungen, einen längst gehegten Wunsch der Sport- und Jugendpflegevereine in die Tat umzusetzen.

Antrag des Reichsanwalts auf Verwerfung der Revisionsanträge im Mordprozeß Werner. Im Mordprozeß Werner, dessen Revision vor dem Ersten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am heutigen Freitag durchgeführt wird, hat der Reichsanwalt den Antrag gestellt, sowohl die Revision des zum Tode verurteilten Werner, als auch die Revision der Staatsanwaltschaft der Frau Märkle zu verwerfen.

Die Politik auf der Straße. Donnerstagabend halb 11 Uhr wurden etwa 20 Nationalsozialisten, die von einer Versammlung in Weierheim zurückmarschierten, in der Altstadt von etwa 15 Kommunisten belästigt.

I. Sinfonieconcert des Badischen Landes-theaterorchesters. In wenigen Tagen beginnen die diesjährigen Sinfonieconcerte des badischen Landes-theaterorchesters. Der erste Abend ist auf Mittwoch, den 22. Oktober, festgesetzt und wie üblich bringt sein Programm gleich zwei größere Werke der sinfonischen Literatur.

Kaffee Deon. Die verstärkte Hauskapelle Franz Doerfler veranstaltet heute abend wiederum einen ihrer beliebtesten Abende heiterer Musik. Man hört Melodien aus Baglioni, Land des Lächelns, das Potpourri 100prozentiger Schlager, sowie der neuesten Errungenschaften aus dem Gebiete des Jazz und Tangos.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

Table with exchange rates for various cities including Amsterdam, Kopenhagen, London, New York, Paris, and Wien as of 17. October and 16. October.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 15. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 1/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7056 Pence.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Oktober 1930 sind in der zweiten Oktoberwoche an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen 310,4 Mill. Reichsmark in die Kassen der Bank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 312,6 Mill. Reichsmark auf 4188,8 Mill. Reichsmark ermäßigt, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 2,2 Mill. Reichsmark auf 408,2 Mill. Reichsmark erhöht. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 224,9 Mill. Reichsmark auf 2354,3 Mill. Reichsmark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 262,5 Mill. Reichsmark auf 2180,4 Mill. Reichsmark abgenommen und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 37,6 Mill. Reichsmark auf 173,9 Mill. Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich von 54,3 Proz. in der Vorwoche auf 52,1 Proz., diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 57,3 Proz. auf 56,2 Proz.

**Zementpreismäßigung in Süddeutschland.** Der Süddeutsche Zementverband in Heidelberg hat jetzt für seine Bezirke Bayern und Württemberg den Preis für 10 Tonnen Zement um 20 M. ermäßigt, nachdem er vor etwa zwei Wochen den Zementpreis bereits um den gleichen Betrag herabgesetzt hatte. Für Baden und die sonstigen Gebiete des Süddeutschen Verbandes ist eine Preisherabsetzung in ähnlichem Ausmaße vorgenommen worden.

Die Kohlenindustrie ist zur Kohlenpreiserhöhung bereit. Reichsfinanzminister Brüning gab am Donnerstag im Reichstag bekannt, daß die Kohlenindustrie in Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt habe, trotz der noch nicht erleichterten Selbstkostenlage mit einer durchschnittlich 6prozentigen Senkung der Kohlenpreise voranzugehen, die am 1. Dezember wirksam werden soll. Der Reichsfinanzminister betonte, daß der bedeutende Schritt um so mehr von ihm anerkannt werde, als die Lage der deutschen Kohlenwirtschaft infolge ihrer mangelnden Elastizität bei Anpassung an die jeweilige Marktlage in der gegenwärtigen Konjunktur besonders schwierig sei.

### Gemeinderundschau

#### Der Triberger Voranschlag

Zu der Nachricht „Obstruktion gegen den Triberger Voranschlag“, wonach der größte Teil der Bürgerausschüsse eine Erhöhung der Umlage um 25 Proz. ablehnt, wird uns geschrieben:

1. Die gemeindesteuerliche Belastung der Triberger Umlagezahler ist von 1924 bis 1927 bis 1930 gleich geblieben.
2. Die Umlagen des Jahres 1929/1930 betragen: auf Grundvermögen 85 Pf., auf Betriebsvermögen 84. auf Gewerbevermögen 510. Die Umlagen für das Jahr 1930/31 erhöhen sich bei Grundvermögen auf 100 Pf., bei Betriebsvermögen auf 40, bei Gewerbevermögen auf 600 Pf., d. h. nicht um 25 Proz., sondern um rund 17 1/2 Proz. Die reine Prozentzahl ohne Angabe des eigentlichen Betrages ist überdies irreführend.
3. Die Erhöhung der Umlage ist a) durch Abbedeckung der Kinderüberweisungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer im Betrage von rund 18 000 M., b) durch Ein-

stellung von höheren Steuerabgängen in Höhe von rund 5000 M., c) durch Erhöhung der Wohlfahrtslasten um 9500 M. und d) Rückgang der Grunderwerbs- und Zuwachsteuer um 3500 M. bedingt, d. h. Ursachen, die außerhalb des Willensbereiches der Stadtverwaltung liegen und durch Maßnahmen höherer Orts bzw. durch die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt, d. h. von der Stadtverwaltung nicht zu vertreten sind.

Im übrigen gehört Triberger noch zu den glücklichen Stadtgemeinden, die weder Kanal-, Straßenreinigungs- noch Kehrichtabfuhrgebühren haben, ferner neben Bauerleichterung wie Einbindung der sehr ermäßigten Straßen- und Bauplatzflächen für Darlehenszinszuschüsse 34 400 M. jährlich aufwenden, obwohl Triberger bei einer Einwohnerzahl von 4300 Einwohnern allein an Gebäudebesondersteuer dem Wohnungsverband Billingen-Band noch 21 700 M., dem Fürsorgeverband Billingen-Band 4100 M. abliefern muß, geschweige von der Ablieferung von 36 300 M. Gebäudebesondersteuer an das Land Baden.

Die sogenannte Obstruktion richtet sich deshalb nicht gegen den Voranschlag der Stadtverwaltung, sondern gegen das Steuersystem, das den Gemeinden zwar Lasten auflegt und ihnen dazu die Einnahmen kürzt.

Zu der am Donnerstag einberufenen Bürgerausschüßung in Triberger waren 29 Stimmberechtigte erschienen. Zur Beschlußfähigkeit sind 35 Stimmen nötig. Nachdem das Haus beschlußunfähig war, ist der Voranschlag damit ohne Abstimmung angenommen.

### Die Gemeinden

**im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit**

In Kuppenheim fand eine von Bürgermeistern und Gemeinderäten sehr gut besuchte Bezirksversammlung des Verbandes badischer Gemeinden statt. Einstimmig wurde eine vom Verbandsvorsitzenden, Bürgermeister Menges (Gernsbach), angeregte Resolution angenommen, die den maßgebenden Stellen vorgelegt werden soll und folgenden Inhalt hat:

„Die Zahl der Arbeitslosen und der Wohlfahrtsverwehrlösen hat in unseren Bezirksamtsgemeinden einen derart erschreckenden Umfang angenommen, daß die Gemeindeverwaltungen nur mit den allergößten Sorgen der weiteren Entwicklung entgegengehen. Es ist unmöglich, daß die kleinen, meist leistungsschwachen Gemeinden, die Lasten für die ausgebeuerten Erwerbslosen aus eigenen Kräften weiterhin bestreiten, so daß es unumgänglich nötig ist, durch Arbeitsbeschaffung (Notstandsarbeiten größeren Stils) oder auf andere Weise Mittel und Wege zu finden, um der allgemeinen Notlage und der unerträglichen Belastung der Gemeinden zu steuern.“

Annahme fand sodann ein Antrag, der fordert, daß die Arbeitslosen baldmöglichst wieder in den Gemeinden ausbezahlt werden (statt der zentralisierten Auszahlung beim Arbeitsamt Kuppenheim). Auch wurde im kommenden Winter bei Durchführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes möglichst weitgehend Rücksicht auf die gegenwärtig schwierigen Wirtschaftsverhältnisse genommen werden.

Der Bürgerausschüß Donauschingen hielt seine letzte Sitzung vor den neuen Kommunalwahlen ab. Die Schlußvorlage bildete die Abhaltung der Donauschinger Pferdelotterie

im Jahre 1931, die wieder genehmigt wurde. Der Gewinnplan sieht anstatt der früheren niederen Gewinnen in Form von Warenpreisen Geldgewinne vor, was hauptsächlich auf Auswärtige größeren Anreiz zum Kaufe geben soll.

**Um die Offenhaltung der Läden an Sonntagen.** Eine öffentliche Versammlung des Einzelhandels Baden-Baden setzte sich mit der vielumkämpften Frage der Offenhaltung der Bedarfsläden an Sonntagen auseinander. Ein Rundschreiben hatte schon vorausgehend die Feststellung ergeben, daß 140 Geschäftsinhaber für die Beibehaltung der jetzigen Regelung, 180 für eine Erweiterung der Bedarfssonntage auf 26 Tage waren, 40 Geschäfte sind grundsätzlich gegen die Sonntagsarbeit. Besonders interessiert an der Offenhaltung sind die Zigarren-, Zigaretten-, Schokoladen- und Obstgeschäfte, sowie die Photohandlungen u. a. m. Eine Entschließung fordert den Vorstand des Einzelhandels auf, die Frage einer Lösung entgegenzuführen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**D3. Mannheim, 18. Okt.** Am 26. Juli hatte eine Anzahl Studenten der Frankfurter Universität Schlägermessen mit einer Mannheimer Verbindung auf der Friedländer Insel. Ein Polizeibeamter stellte die Verbindung fest und die Studenten hatten sich jetzt vor dem Großen Schöffengericht Mannheim zu verantworten. Ihr Gegner war, wie angenommen wird, eine Verbindung von der hiesigen Handelshochschule. Sie selbst verurteilten sie nicht. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Das Gericht erkannte auf drei Monate Festung, die im Gnadenwege erlassen werden sollen, wenn die Gerichtskosten bezahlt werden.

**D3. Sandweiler (Amt Kappel), 16. Okt.** Landwirt und Altbürgermeister Anton Eichelberger ist 65 Jahre alt an den Folgen einer Operation gestorben. Er stand von 1919 bis 1928 als Bürgermeister an der Spitze der hiesigen Gemeindeverwaltung.

**Hb. Appenweier, 16. Okt.** Der von der Oberpostdirektion Karlsruhe seit längerer Zeit geplante Neubau eines großen, modernen Postgebäudes ist vor etwa acht Tagen begonnen worden. Das neue Postgebäude kommt gegenüber dem Bahnhof Hotel zu stehen. Das bisherige Postgebäude gehört zum Bahnhof und ist feinerzeit von der Bahnverwaltung nur gemietet worden.

**D3. Weil a. Rh., 16. Okt.** Durch die starke Strömung infolge des hohen Wasserstandes wurde ein Schleppdampfer abgetrieben und ramnte die Glininger Schiffsbrücke auf der badischen Seite. Zwei Joch wurden abgetrieben, blieben aber an der Eisenbahnbrücke hängen. Ein Joch und der Dampfer liegen zur Hälfte unter Wasser. Der Schaden ist beträchtlich.

**D3. Basel, 16. Okt.** Der Gesamtarbeitsvertrag für das Holz-, Gipfer- und Baugewerbe in Basel ist, nachdem beide Parteien den letzten Vermittlungsvorschlag des Präsidenten der Basler Handelskammer, C. Köchlin, unverändert angenommen haben, Mittwoch mittig von beiden Parteien unterzeichnet worden. Die Arbeit wird auf dem ganzen Platz am 17. Oktober wieder aufgenommen. Damit ist der 33wöchige

**Café Odeon**

Heute, Freitag abend 7,9 Uhr:

**Abend heiterer Musik**

der verstärkten Hauskapelle Franz Dolezel

Aus dem Programm:

Ungarische Lustspielouvertüre . . . . . Keler Bela  
Melodien aus „Paganini“ . . . . . Lehar  
Concert-Waltz . . . . . Rixner  
Souvenir . . . . . Drdla

Solist: Herr Xaver Raab (Saxophon)

K.662

**Aufrechterhaltung der öffentl. Ruhe und Ordnung in Durlach.**

Auf Grund des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung werden bis auf weiteres für das Gebiet der Stadt Durlach alle Versammlungen unter freiem Himmel (Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Versammlungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie herkömmlich und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen.

D. 970

Karlsruhe, den 17. Oktober 1930. D. 3. 60  
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

**Öffentliche Verbandspartasse Königsbach**

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Aktiva	RH	Passiva	RH
Hypotheken . . . . .	404 446,60	Spareinlagen . . . . .	664 446,89
Schuldloshandelsnoten . . . . .	159 956,68	Giroeinlagen . . . . .	9 835,01
Wechsel . . . . .	15 180,46	Aufwertungseinlagen . . . . .	428 765,37
Darlehen in lfd. Rechnung		Aufwertungsfonds . . . . .	63 905,15
1. bei Banken . . . . .	108 226,99	Reinvermögen . . . . .	50 033,58
2. bei Privaten . . . . .	65 452,66		
Aufgewertete Darlehen . . . . .	414 065,32		
Einnahmerückstände . . . . .	33 428,72		
Barbestand . . . . .	16 247,57		
Verpflichtungen . . . . .	1,-		
	1 216 986,-		1 216 986,-

**Berechnung des Reservefonds.**

Der gesetzliche Reservefonds hat zu betragen:

5% aus 874 281,90 RH Einlagen . . . . . = 33 714,09 RH  
Er beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . = 50 033,58 RH  
Somit mehr . . . . . = 16 319,49 RH

Königsbach, den 1. Juli 1930. D. 968

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Fränkle. Der Geschäftsleiter: Schäfer.

Sie brauchen ein neues Adressbuch

Soeben ist die Ausgabe 1930/31 erschienen!  
Ehrhäftlich Karl-Friedrich-Str. 18. Verlag G. Braun

**Öffentliche Verbandspartasse Kandern (Baden)**

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen	RH	Verbindlichkeiten	RH
1. Kassenbestand . . . . .	10 565,04	1. Spareinlagen (neue) . . . . .	1 042 024,26
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasse . . . . .	86 868,86	2. Aufgewert. Spareinlagen . . . . .	420 210,79
3. Darlehen a. Hypotheken . . . . .	605 205,57	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen . . . . .	78 345,65
4. Grundstücksaufgelde . . . . .	138 487,95	4. Sonstige Einlagen . . . . .	5 000,-
5. Darlehen in lfd. Rechnung an Private . . . . .	23 280,07	5. Rücklagen: a) gesetzl. Reservefonds . . . . .	34 382,77
6. Darlehen auf Schuldsch. . . . .	211 366,93	6. Reingewinn vom Jahre 1929 . . . . .	14 522,38
7. Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände . . . . .	74 480,-		
8. a) Aufwertungsfordernngen . . . . .	235 369,99		
b) Aufwertungsabrechnungsfonds . . . . .	124 844,36		
9. Einnahmerückstände . . . . .	57 967,08		
10. Grundstücke u. Gebäude . . . . .	22 000,-		
11. Gerätschaften . . . . .	4 000,-		
	1 594 435,85		1 594 435,85

**Berechnung der Rücklagen.**

Die gesetzliche Rücklage soll betragen:

3% aus 1 125 369,91 RH Einlagen . . . . . = 90 020,59 RH  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . = 48 855,15 RH  
Somit weniger . . . . . = 41 174,44 RH

Kandern, den 9. August 1930. D. 966

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Matter, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: Jenny.

**Schenkt Bücher zu jedem Fest!**

**Steinlieferung zum Rheinbau.**

Bad. Rheinbauamt Freiburg vergibt in öffentl. Verbindung die freie Lieferung von 5850 cbm Rheinbausteinen auf die Lagerplätze am Rhein in 15 Losen, wobei auch in Teilmengen angeboten werden kann. Die Angebote mit Aufschriß „Steinlieferung“ versehen, sind verschlossen und postfrei bis Donnerstag, den 30. Oktober 1930, vorm. 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer d. Rheinbauamtes Freiburg, Thurnseestraße 16, einzureichen, wo um diese Zeit die Öffnung der Angebote stattfindet. Die Vergebungsbedingungen, welche nicht abgegeben werden, liegen hier und bei den Wasserbauamtsstellen in Neuenburg, Dreifach und Weisweil zur Einsicht auf, auch können dieselben Angebotsvordrucke mit Leistungsverzeichnis in Empfang genommen werden. Zuschlagsfrist 15. November 1930. D. 969



Samstag, 18. Okt. 1930  
\* B 5 Th.-Gem. 1-100 und 301-400

**Geher, Gattre, Ironie und tiefere Bedeutung**

Lustspiel von Geber.  
Regie: Baumbach.  
Mitwirkende:  
Ermarth, Rademacher, Schreiner, Seiling, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Höder, Hospach, Just, D. Kienischer, Kloeble, Kühne, Wöhner, Müller, Brüder, Schneider, Schulze, v. d. Krenn, G. Kienischer.  
Anfang 20 Ende 22 1/2  
Preise A (0,70-5 RH)

So. 19. 10. Neu einstudiert: Götterdämmerung. Im Konzertsaal: Wann kommt du wieder? Mo. 20. 10. Die Nibelungen. I. u. II. Abtg.